

Umsetzung des Abkommens schwierig

Trotz des Chemiewaffenübereinkommens sind die weltweiten Chemiewaffenarsenale nur wenig kleiner geworden

Über zehn Jahre nach Unterzeichnung des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) kommt die Vernichtung der Chemiewaffen nur zögerlich voran. Grösstes Sorgenkind ist Russland, das erst zwei Prozent seines Bestandes zerstört hat und die Vorgaben der CWÜ wahrscheinlich nicht erfüllen wird. Das in Moskau unterzeichnete Abkommen über zwei Schweizer Hilfsprojekte wird daran kaum etwas ändern.

■ CHRISTIAN WEISFLOG, MOSKAU ■

Das 1993 unterzeichnete und 1997 in Kraft getretene CWÜ ist einer der fortschrittlichsten globalen Abrüstungsverträge. Insbesondere sieht es das Mittel der Verdachtsinspektionen nach dem Prinzip «jederzeit, überall, ohne Recht auf Verweigerung» sowie die vollständige Vernichtung der Arsenale bis 2012 vor.

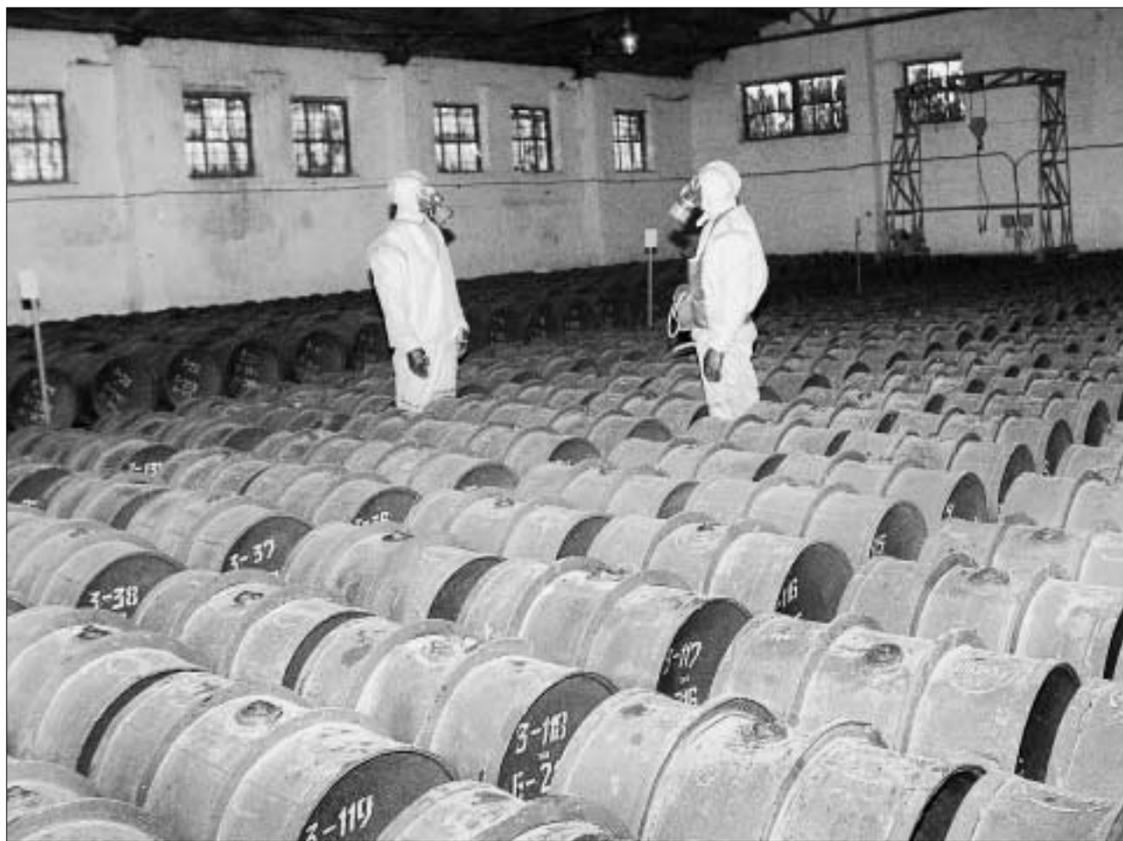
Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden aber weder die USA noch Russland – die grössten Chemiewaffenbesitzer – diesen Termin einhalten können. Haben die Amerikaner bis heute rund 25 Prozent ihres ursprünglichen Bestandes von 31 000 Tonnen vernichtet, zerstörten die Russen erst zwei Prozent ihrer 40 000 Tonnen. Dabei drängt die Zeit: Korrosion nagt an den Behältern – Gas könnte austreten. Unfälle mit Toten oder Umweltkatastrophen wären mögliche Folgen. Terroristen könnten sich zudem in den teils schlecht gesicherten Anlagen zu bedienen versuchen.

Enorme Kosten

Die Gründe für die Verzögerung liegen auf verschiedenen, miteinander verknüpften Ebenen: Die Zerstörung von Chemiewaffen ist sowohl ein technisches und finanzielles als auch ein sicherheits- und gesellschaftspolitisches Problem. Eigens für die Vernichtung müssen hochtechnische Anlagen mit enormen Anforderungen an die Sicherheit gebaut werden. Gemäss Schätzungen der Organisation Green Cross International (siehe Kasten rechts) werden die USA und Russland für die Vernichtung ihrer Arsenale insgesamt 25 Milliarden beziehungsweise 10 Milliarden Dollar einsetzen müssen. Selbst nach Vernichtung der Chemiewaffen bleiben giftige Reststoffe übrig, deren Entsorgung komplex ist.

Lange Entscheidungswege

Die Lösung dieser aufwendigen Aufgabe auf internationaler Ebene bringt zudem sehr lange Entscheidungswege mit



Russische Soldaten kontrollieren Behälter mit chemischen Waffen in einer Lagerhalle nahe der Stadt Gornj. (key)

sich. Bereits Ende der 60er Jahre gab es Verhandlungen; eine Einigung war aber erst 1993 nach dem Ende des Kalten Kriegs möglich. Als grosses Investitionsprojekt ohne unmittelbar greifbaren Profit liess sich die Vision einer Welt ohne Chemiewaffen den nationalen Parlamenten jedoch schlecht verkaufen. Russland kündigte bereits früh an, dass es seine Chemiewaffen nicht ohne internationale Unterstützung vernichten könne.

In der Hoffnung, dass andere Staaten ihrem Beispiel folgen würden, erklärten sich die USA 1992 bereit, knapp eine Milliarde Dollar an die russische Vernichtungsanlage in Schutschje zu bezahlen. Da weitere Staaten aber keine namhaften Beträge zur Verfügung stellten und die Russen ihrem Abrüstungsprogramm wenig politische Priorität zuordneten, stoppte der US-Kongress die Zahlungen von 1998 bis 2001.

9/11 als Weckruf?

Erst mit dem 11. September 2001 und dem Amtsantritt von Wladimir Putin kam wieder Schwung in den Prozess. Im Juni 2002 kündigten die G-8-Staaten die Globale-Partnerschafts-Initiative (GPX) zur Unterstützung der weltweiten Ab-

rüstung von Massenvernichtungswaffen an und riefen andere Staaten auf, sich dieser anzuschliessen. Neben der Europäischen Union sind 14 Staaten der Initiative gefolgt und brachten insgesamt rund 19 Milliarden Dollar auf. Die Schweiz beteiligte sich mit einem auf fünf Jahre laufenden Rahmenkredit von 15 Millionen Schweizer Franken (siehe Kasten unten). Der Grossteil dieser Gelder soll nach Russland gehen – rund zehn Prozent davon in den Chemiewaffenbereich.

Kein russischer Gesamtplan

Mit dem Amtsantritt von Präsident Putin gewannen auch die russischen Bemühungen an Dynamik: Die Verantwortung für den Abrüstungsprozess wurde vom Verteidigungsministerium an ein ziviles Ministerium übertragen. Ein «Staatskomitee für Chemiewaffenabrüstung» sollte neu die Arbeiten der verschiedenen Stellen koordinieren. Die Ausgaben für die Chemiewaffenabrüstung konnten um ein Mehrfaches erhöhen werden.

Trotzdem haben die Russen bis heute keinen Gesamtplan. Das noch unter Putins Vorgänger Boris Jelzin beschlossene Konzept sah den Bau von sieben Vernich-

tungsanlagen an den sieben Lagerstätten vor. Unter dem Druck der USA wurde das Konzept im Jahr 2000 jedoch geändert: Die Vernichtung soll auf weniger Anlagen konzentriert und sämtliches Nervengas einzig in Schutschje entsorgt werden. Diese Zentralisierung hätte jedoch den Transport von hochgiftigen Stoffen in grossen Mengen erfordert. Die Russen – unterdessen wieder selbstbewusster und finanziell gestärkt – möchten nun wieder zur dezentralen Lösung zurück.

Lokale Ängste vernachlässigt

Diese Unklarheit in Bezug auf das endgültige Konzept ist für die gesellschaftliche Akzeptanz der Chemiewaffenvernichtung nicht förderlich. Viele Projekte – auch in den USA – kämpfen mit dem Widerstand der lokalen Bevölkerung. Vernichtung, Transport oder Lagerung von hochgiftigen Stoffen lösen Ängste aus, die nur durch eine gute Informationsarbeit und vertrauensbildende Massnahmen aufgefangen werden können.

Die meisten Lagerstätten stehen in Russland in sehr armen, wirtschaftlich benachteiligten Regionen mit hohem sozialem Frustrationspotenzial. Diese lokalen Aspekte werden gerne vernachlässigt:

Green Cross: zehn Jahre in Russland

Green Cross International wurde 1993 auf Initiative des ehemaligen Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, gegründet, um die ökologischen Folgen von Kriegen zu bewältigen. Vor zehn Jahren rief die Nichtregierungsorganisation das globale Legacy-Programm zur Unterstützung der weltweiten Abrüstung ins Leben.

Green Cross betreibt heute in Russland zehn regionale Informationsbüros. Neben der Vermittlungs- und Informationsarbeit werden im Rahmen des Legacy-Programms die Auswirkungen der militärischen Nutzung von radioaktiven Substanzen auf Umwelt und Gesundheit des Menschen untersucht, Möglichkeiten zur Sanierung und Konversion von Militärbasen aufgezeigt sowie medizinische und soziale Projekte für Kinder, Jugendliche und Mütter durchgeführt.



Michail Gorbatschow, Präsident Green Cross International. (key)

«Auf internationaler Ebene werden oft Dinge beschlossen, ohne dass man sich über die lokalen Auswirkungen bewusst ist», meint Stephan Robinson, Leiter des Programms Abrüstung bei Green Cross Schweiz. Die meisten Geberstaaten innerhalb der GPX leisten überwiegend technische Unterstützung (Hard Tools) zum Bau und Betrieb von Vernichtungsanlagen und investieren wenig in humanitäre Hilfe und Vermittlung (Soft Tools).

CWÜ in Gefahr

Die Bilanz ist ernüchternd: Einzig die relativ kleine Vernichtungsanlage in Gornj ist seit Ende 2002 in Betrieb. Russland wird sein Arsenal bis 2012 kaum vernichtet haben. Ein Scheitern der CWÜ würde die Glaubwürdigkeit der internationalen Abrüstungsbemühungen untergraben und Nichtmitgliedstaaten in ihrer Haltung bestärken. Es wäre zudem ein schlechtes Omen für weitere Abrüstungsprojekte im nuklearen oder biologischen Bereich.

CHRISTIAN WEISFLOG studierte in Zürich Politologie, allgemeines Staatsrecht und Völkerrecht. Er arbeitet derzeit für die Moskauer «Deutsche Zeitung».



Ein Spezialist kontrolliert den Zustand der chemischen Munition im Lager Schutschje. (Green Cross Schweiz)

Green Cross kritisiert die Art der Schweizer Hilfe

Ende November unterzeichnete Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Moskau ein Abkommen über die ersten beiden Chemiewaffen-Abrüstungsprojekte mit Russland. Diese gehen auf eine von der parlamentarischen Gruppe Green Cross im Oktober 2000 lancierte Motion zurück, die eine verstärkte Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung verlangte. Zwar wurde die Motion vom Parlament gutgeheissen, doch entspricht das Resultat nicht den Vorstellungen der Initianten: Der Grossteil der finanziellen Mittel (15 Millionen Franken in fünf Jahren) soll nicht in humanitäre Hilfe und Vermittlung (Soft Tools), sondern in technische Unterstützung (Hard Tools) fliessen. Das in Moskau unterzeichnete Abkommen über die ersten beiden Projekte sieht die Finanzierung von Transformatoren und Laboratorien für rund 2,1 Millionen Euro vor.

Stärken nicht berücksichtigt?

Indem die Schweiz überwiegend in Hard Tools investiert, kopiert sie andere Staaten, anstatt ihren verhältnismässig kleinen finanziellen Beitrag dort



Der russische Aussenminister Lawrow und Bundesrätin Calmy-Rey anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens Ende November. (key)

einzusetzen, wo ihre besonderen Stärken liegen, kritisierte Green Cross Schweiz.

Bundesrätin Calmy-Rey erklärte in Moskau, die Vorgaben des Parlaments für die Verwendung der Gelder seien sehr präzise gewesen. Man könne nun nicht einfach etwas anderes machen.

Auf Anfrage betonte Andreas Friedrich, Chef Abrüstung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, man habe das geliefert, wonach die Russen gefragt hätten. Die Schweiz könne einem anderen Staat nicht befehlen, was er zu tun habe.